

Lobbying heißt für viele Österreicher Korruption

Interessenvertretung. Der Ruf der Lobbyisten hat unter den mutmaßlichen Korruptionsaffären des Vorjahres stark gelitten. Für 40 Prozent der Österreicher führt Lobbying automatisch zu Freunderlwirtschaft und Unfairness.

[WIEN/HIE] Lobbying, das ist laut dem österreichischen Lobby-Coach Wolfgang Lusak, „früher als die anderen den richtigen Draht zu den richtigen Leuten haben“. Das klingt harmlos – und hat wenig mit dem Bild zu tun, das sich die heimische Bevölkerung vom Lobbyismus macht. Viele Österreicher sehen im Lobbying nämlich eher einen Tatbestand, wie aus einer Umfrage des Gallup-Instituts im Auftrag von Lusak Consulting, dem Wirtschaftsforum der Führungskräfte und dem Österreichischen Gewerbeverein (ÖGV) hervorgeht. „Österreicher denken bei Lobbying zuerst an Bestechung“, so Lusak.

So führt Lobbying für 40 Prozent der Befragten fast automatisch zu Freunderlwirtschaft, Unfairness und Korruption. Nur 24 Prozent glauben, dass Lobbying auch sauber und fair betrieben werden kann. Führungskräfte und Manager stehen Lobbyismus deutlich positiver gegenüber: 57 Prozent glauben, dass Lobbying sowohl zum Guten als auch zum Schlechten benutzt werden kann, nur 23 Prozent assoziieren damit Freunderlwirtschaft und Korruption.

Der Ruf des Geschäfts mit der gezielten Einflussnahme hat sich im Vergleich der Jahre 2010 und 2011 deutlich verschlechtert. Im Vorjahr machten mehrere Affären um mutmaßliche Korruption im Zusammenhang mit Lobbying Schlagzeilen. In der aktuellen Umfrage assoziierten 23 Prozent der Österreicher mit Lobbying spontan „Bestechung“ (siehe Grafik). 2010 wurde Lobbying am häufigsten mit

Spontanassoziationen zu „Lobbying“



„Interessenvertretung“ und „Interessengemeinschaft“ in Verbindung gebracht. Damals dachten, auf Lobbyismus angesprochen, nur fünf Prozent als Erstes an Bestechung. Dabei habe „falsches“ Lobbying mit Lobbying gar nichts zu tun, sagt Stephan Blahut, Generalsekretär des ÖGV.

Lobbyisten: Gern gesehen

Wie auch die Umfrage zeigt, haftet dem Lobbyismus kein guter Geruch an – besonders in Österreich. Auf EU-Ebene bedient man sich des Wissens der Experten aus der Praxis gern und selbstverständlich:

Sie werden regelmäßig in den Gesetzgebungsprozess eingebunden. Auf diese Weise sollen alle möglichen Argumente und Standpunkte aufgegriffen werden. Fürsprecher des Lobbyismus argumentieren, dass es schlicht zu wenig Beamte gibt, um alle für ein Gesetz relevanten Informationen zu sammeln und zu berücksichtigen. Und, dass Lobbying ein demokratiepolitisch wichtiges Instrument ist. Um Licht in den Lobbyistenschwungel zu bringen, gibt es in Brüssel seit dem Vorjahr ein Lobbyingregister, in dem Firmen, Denkfabriken, Nichtregierungsorganisationen etc. ihre

Wem nützt „Lobbying“?



* KMU und ihre Mitarbeiter

QUELLE: Gallup-Umfrage (1000 Befragte)
GRAFIK: „Die Presse“ [GfK]

Lobbyingaktivitäten vermerken sollen. Experten kritisieren es als zahnlos: Rechtliche Maßnahmen drohen bei Verstößen nämlich nicht.

Kammer verliert an Bedeutung

In Österreich ist ein ähnliches Gesetz geplant. Wegen zahlreicher Einwände wurde es aber noch nicht beschlossen. Besonders kritisiert wird, dass aus dem aktuellen Entwurf Interessenvertretungen wie die Arbeiter- und die Wirtschaftskammer ausgenommen sind. Die Wirtschaftskammer (WKO) wird aber ohnehin immer

weniger als starke Lobby der Klein- und Mittelunternehmen gesehen: 2010 sahen noch 70 Prozent der Manager die Kammer als starke Lobby der KMU, 2011 waren es nur noch 67 Prozent.

70 Prozent der Österreicher sehen übrigens Konzerne und Politik als Hauptnutznießer von Lobbying. Lusak und seine Mitstreiter wollen Klein- und Mittelunternehmen motivieren, das Lobbying für ihre Interessen selbst in die Hand zu nehmen. „Die kleinen und mittleren Unternehmen wurden von diesem Instrument lange Zeit fast ferngehalten“, so Lusak.